

Newsletter Frauen- und Geschlechterpolitik Februar 2008

Die Weiterleitung sowie das Ausdrucken und Auslegen des Newsletters ist ausdrücklich erlaubt und gewünscht. Die Printvariante des Newsletter findet ihr auf der Seite des fzs http://www.fzs.de/themen/newsletter_frauen_geschlechterpolitik_archiv.

Ebenfalls ausdrücklich erwünscht sind Anregungen zu Themen für die kommenden Newsletter sowie Kritik und Rückmeldungen zum aktuellen Newsletter.

Veranstaltungshinweise aus euren Projekten, Hochschulen und Städten können jederzeit gern in den Newsletter aufgenommen werden.

Anregungen, Hinweise und Kritik an janett.schmiedgen@fzs.de

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen und freue mich auf eure Anregungen.
Viele Grüße, Janett

Inhalt:

1. Aktionstage gegen Sexismus und Homophobie an Hochschulen
2. Frauenpolitik, Gender Mainstreaming und Gleichstellung
 - 2.1 Semiarankündigung: Erlebnis Geschichte
 - 2.2 „Herdprämie“ - Unwort des Jahres 2007?
 - 2.3 CEWS – Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten
 - 2.4 Kuwait verordnet Geschlechtertrennung an den Universitäten
 - 2.5 Türkei: Kopftuchverbot an den Hochschulen aufgehoben
3. Homo-, Bi- und Transsexuelle in Deutschland, Europa und der weltweit
 - 3.1 Fortschritte beim Adoptionsrecht für Homosexuelle
 - 3.2 EU rügt Deutschland für unzureichendes Antidiskriminierungsgesetz
4. Dies und das
 - 4.1 Veranstaltungen

1. AKTIONSTAGEN GEGEN SEXISMUS UND HOMOPHOBIE AN HOCHSCHULEN

Vom 21.-25. April 2008 finden zum zweiten Mal bundesweit die Aktionstage "Kein Sexismus an Hochschulen!" des freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) statt. In dieser Woche soll es an verschiedenen Hochschulen Veranstaltungen und Aktionen gegen Sexismus und Homophobie geben. Dabei setzen wir auf das altbewährte Konzept: Die Studierendenschaften, Referate, Initiativen vor Ort organisieren das Programm, der fzs liefert Materialien und koordiniert die Veranstaltungen bundesweit. Wir möchten euch herzlich einladen, euch mit euren eigenen Veranstaltungen und Aktionen zu beteiligen.

Themen der Aktionstage:

100 Jahre Frauenstudium

Im kommenden Jahr dürfen wir ein Jubiläum feiern. Vor 100 Jahren, zum Wintersemester 1908/09 durften Frauen sich auch in den letzten Ländern des deutschen Reichs erstmals ordentlich an Hochschulen um Studium einschreiben. Aber auch 100 Jahre danach kann man keineswegs von Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen im Hochschulbereich sprechen. Auch wenn Studentinnen und Studenten mittlerweile gleichermaßen ein Studium beginnen, bleiben Frauen immer noch häufiger auf der Strecke, wenn es um Promotion, Habilitation oder Professuren geht. Auch die Fächerwahl geschieht nach wie vor nach überkommenen Rollenvorstellungen. Frauen und Männer müssen sich für ihre Studienfächer rechtfertigen, wenn sie nicht den gängigen Klischees entsprechen, auch Beleidigungen und Diskriminierung bei Prüfungen sind keine Seltenheit.

Sexismus und Homophobie

Gleichzeitig werden wir an den Hochschulen über Werbung, Zeitschriften oder Lehrmaterialien Tag für Tag mit sexistischen und homophoben Darstellungen konfrontiert. Aus der Beratungserfahrung der (autonomen) Referate in Studierendenvertretungen wissen wir, dass sexuelle Belästigung oder verbale und körperliche Angriffe auf schwule und lesbische Studierende regelmäßig vorkommen. Auch 100 Jahre, nachdem das Geschlecht qua Gesetz keine Rolle mehr spielt beim Hochschulzugang spielt es faktisch eine sehr große. Nach wie vor werden wir alle in erster Linie danach beurteilt, ob wir uns so verhalten, wie es „typisch männlich“ oder „typisch weiblich“ richtig wäre. Alle, die sich nicht in diese Kategorien einordnen wollen, müssen mit Vorurteilen und Beleidigungen fertig werden.

Aktionstage 2008

Der fzs veranstaltet im kommenden April zum zweiten Mal die Kampagne „Kein Sexismus an Hochschulen!“ In einem selbst gewählten Mix aus Politik und Kultur soll ein Rahmen für Informationsveranstaltungen, Ausstellungen und Kulturveranstaltungen gegeben werden. Der fzs koordiniert hierbei die einzelnen Hochschulstandorte und unterstützt die VeranstalterInnen vor Ort mit einheitlichen Materialien, Medienarbeit und Hilfe bei der Suche nach Themen und ReferentInnen.

Mitmachen!

Die Aktionstage gestaltet ihr an euren Hochschulen durch Vorträge, Konzerte, Lesungen, Diskussionen und vieles mehr. Der fzs unterstützt durch Materialien, Kontakte zu ReferentInnen und Hilfe bei der Planung eurer Aktionstage.

Vorbereitungsseminar 14.-16. März 2008 in Kassel

Zur Vorbereitung auf die Aktionstage bieten wir außerdem ein Seminar an. Themen: Konzeption der Aktionstage, Veranstaltungsplanung und -bewerbung, Moderation von Podiumsdiskussionen oder Vorträgen.

Weitere Informationen und die Anmeldung unter:
http://www.fzs.de/termine/event_275.html

Wenn ihr mitmachen wollt und an eurer Hochschule im Rahmen der Aktionstage Veranstaltungen organisieren wollt, meldet euch bei uns: kein-sexismus@fzs.de

2. FRAUENPOLITIK, GLEICHSTELLUNG UND GENDER MAINSTREAMING

2.1 SEMINARANKÜNDIGUNG: ERLEBNIS GESCHICHTE

04. - 06. April 2008 „Erlebnis Geschichte - Deutsche Normalität, Frauen- und Studentenbewegung. Seminar im Haus der Geschichte in Bonn“

Das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn ist seit seiner Konzeption und Eröffnung von vielen Seiten kritisiert worden. Es ist heute sehr gut besucht, leicht zugänglich und kostenlos. Es wurde nicht für das »übliche«, also ältere, bildungsbürgerliche Museumspublikum konzipiert, sondern für ein breites, junges Publikum, dem es einen erlebten Eindruck der bundesrepublikanischen Geschichte und der Geschichte der DDR von 1945 bis heute vermitteln möchte.

Aufgebaut ist es in einer großen Haupt- und einer kleineren Wechselausstellung. Bis heute ist seine Hauptausstellung von hunderttausenden von Menschen besucht worden, darunter von vielen Schulklassen. Es steht außer Frage, dass gerade das Erleben die Geschichtsbilder und Vorstellungen aktiv prägt. Auf dem Seminar wollen wir untersuchen, wie verschiedene, kontroverse Phasen der Geschichte dort dargestellt werden. Im Mittelpunkt stehen dabei die Frauenbewegung, die Studentenbewegung und die Shoah. Das Seminar findet nach einem theoretischen Einstieg direkt im Haus der Geschichte in kleinen Arbeitsgruppen statt. Unter Anleitung erarbeiten die TeilnehmerInnen Fragestellungen zu der Darstellung der einzelnen Abschnitte im Museum.

Das detaillierte Programm findet ihr unter: http://www.fzs.de/termine/event_277.html

Für Unterkunft, Verpflegung und Transport von der Jugendherberge zum Haus der Geschichte wird ein Teilnahmebeitrag erhoben. TeilnehmerInnen von fzs-Mitgliedshochschulen zahlen 25 EUR, andere TeilnehmerInnen zahlen 60 EUR.

2.2 „HERDPRÄMIE“ - UNWORT DES JAHRES 2007?

Am 15. Januar 2008 wurde „Herdprämie“ zum Unwort des Jahres gekürt. Begründet wurde die Entscheidung von der Jury damit, dass der Begriff „Herdprämie“ Eltern diffamiere, insbesondere Frauen, die ihre Kinder zu Hause erziehen statt Krippenplätze in Anspruch zu nehmen. Ob es bei dieser Entscheidung tatsächlich um eine sprachkritische Bewertung oder vielmehr um die Verbreitung von parteipolitischen Ansichten aus dem christdemokratischen und christsozialen Lager ging, fragte die Märkische Allgemeine Prof. Schlosser (Mitglied der Jury). Dieser wies eine politische Vereinnahmung von sich. Seltsam daran ist, dass der familienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Singhammer, in einer Pressemitteilung darauf hinwies, dass das Unwort „Herdprämie“ dem Vorschlag seiner Fraktion entspräche, den sie bereits im Mai 2007 den Kommissionsvorsitzenden Prof. Horst Dieter Schloesser unterbreitet hätten.

Was auch immer mit der Wahl des Unwortes „Herdprämie“ bezweckt wurde, verschwunden ist das Wort aus Sprachgebrauch jedenfalls nicht. Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros (BAG) beispielsweise hält die „Herdprämie“ nicht für ein „Unwort“ sondern für ein „Unding“. Der Begriff verdeutliche ihrer Meinung nach den Effekt des Betreuungsgeldes, nämlich die „Subventionierung der Frau am Herd“. Nur die eigenständige Existenzsicherung, also die Berufstätigkeit, schütze Frauen vor finanziellen Notlagen bei Trennung und vor Altersarmut., betonen die BAG-Frauen.

Quellen:

Zweiwochendienst Frauen. Gesellschaft und Politik, Ausgabe 251 (Januar 2008), Seite 2

2.3 CEWS - HOCHSCHULRANKING NACH GLEICHSTELLUNGSASPEKTEN

Das Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung CEWS veröffentlicht die zweite Fortschreibung des „Hochschulrankings nach Gleichstellungsaspekten“. Ein erstes Ranking erfolgte auf der Grundlage von Daten aus dem Jahr 2003. Das aktuelle Ranking beruht auf quantitativen Daten aus dem Jahr 2005. Somit werden erste Veränderungen sichtbar.

Ziel des Hochschulrankings ist es, die Leistungen der Hochschulen im Bereich Gleichstellung von Frauen und Männern mit Hilfe quantitativer Indikatoren zu vergleichen, um Stärken aber auch Schwächen in der Umsetzung des Gleichstellungsauftrags zu erkennen und wirkungsvolle Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Situation von Frauen in der Wissenschaft einzuleiten oder fortzusetzen.

Bewertet werden die Hochschulen und Länder in den Bereichen Studierende, Promotionen, Habilitationen; wissenschaftliches und künstlerisches Personal und Professuren. Berücksichtigt werden auch Veränderungen im Zeitverlauf beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal und bei den Professuren. Bei den Universitäten befinden sich die Freie Universität Berlin, die Georg August-Universität Göttingen, die Technische Universität München, die Universität Osnabrück und die Universität Trier in den beiden Spitzengruppen. Herausragend bewertet sind bei den

Fachhochschulen die Evangelische Fachhochschule Darmstadt, die Hochschule Dresden, Fachhochschule der Evangelischen Landeskirche in Baden Freiburg i. Br., die Evangelische Fachhochschule Hannover, Fachhochschule für Kunst und Gestaltung Kiel, die Evangelische Fachhochschule Nürnberg und die Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven FH. Bei den Künstlerischen Hochschulen erreichten die Hochschule für Schauspielkunst Berlin und die Staatliche Hochschule für Gestaltung Karlsruhe in allen bewerteten Bereichen Spitzenplätze.

Bei dem Ranking fand ebenfalls eine Auswertung nach Bundesländern statt, bei der Berlin und Niedersachsen zur Spitzengruppe gehören.

Die ganze Studie zum Download:

http://www.cews.org/informationpool/files/1638/de/cews_ranking2007_WEB.pdf

Quelle:

http://www.cews.org/cews/files/450/de/NL_Sonderinformation.pdf

2.4 KUWAIT VERORDNUNG GESCHLECHTERTRENNUNG AN DEN UNIVERSITÄTEN

Seit in Kuwait ein neues Gesetz in Kraft getreten ist, welches privaten Universitäten die Trennung von Männern und Frauen vorschreibt, ist nicht viel passiert. Kein Aufschrei ging durch Land stattdessen rühmen sich die Präsidenten der Universitäten, dass sie größtenteils schon Geschlechtertrennung praktiziert haben und sich nun an die Rest gemischtgeschlechtlicher Vorlesungen machen werden.

Quelle:

www.arabtimesonline.com/client/pagesdetails.asp?nid=11179&ccid=9#

2.5 TÜRKEI: KOPFTUCHVERBOT AN DEN HOCHSCHULEN AUFGEHOBEN

Das türkische Parlament hat am 7. Februar ein Ende des Kopftuch-Verbots an den Universitäten des Landes beschlossen. Die notwendige Zweidrittelmehrheit wurde erreicht und der entsprechenden Verfassungsänderung stimmte das Parlament am 9. Februar ebenfalls mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zu.

Zwischen 100.000 und 200.000 waren dem Aufruf von etwa 70 verschiedenen Organisationen gefolgt und demonstrierten im Zentrum Ankaras gegen diese Verfassungsänderung. Unter hohem Sicherheitsaufgebot schwenkten sie türkische Flaggen und Bilder des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk. Die DemonstrantInnen fürchten, dass mit Aufhebung des Verbotes künftig Druck auf Frauen ausgeübt werde und das Kopftuch nach und nach in Schulen und Behörden einführt werde.

Kein Streit enthüllt in der Türkei so sehr, was in den Köpfen vor sich geht, wie dieser um das Recht von Studentinnen, ihren Kopf zu verhüllen. Für die "säkulare" Staatselite verkörpert das Kopftuch einen Lebensstil, der mit Laizismus, also der Trennung von Staat und Religion, unvereinbar ist. Für zwei Drittel der Türken aber, das zeigen Umfragen, ist das Tragen des Kopftuchs eine religiöse Pflicht und ein bürgerliches Recht.

Seyran Ates, deutsch-türkische Anwältin, Autorin und Frauenrechtlerin, beschreibt die Bedeutung des Kopftuches so. Das Kopftuch zeigt an, „dass die Frau nicht zur sexuellen Verfügung steht, wenn sie auf der Straße ist, sie soll ihre Reize bedecken vor den Männern.“ [1] „Das Kopftuch signalisiert den sexuellen Wert der Frau, welcher die Männer reizen würde, wenn sie sich nicht verhüllen würde. Es ist ein Symbol für die Reduzierung der Frau zum Sexualobjekt.“ [2]

Bei den Diskussionen um die Aufhebung des Kopftuchverbotes sprechen beide Seiten von Freiheit. Die AnhängerInnen des Staatgründers Atatürk befürchten eine Islamisierung der Türkei und halten das laizistische Prinzip (Trennung von Staat und Religion) hoch. Staatschef Erdogan spricht hingegen von „Freiheit“ und „Selbstbestimmung“, um den Verdacht zu entkräften, seine Partei wolle das Land islamisieren. Niemand dürfe, aus welchen Gründen auch immer, vom "Recht auf Bildung" ausgeschlossen werden, sagt Erdogan.

Allen voran die Universitäten sind gespalten. In einem gemeinsamen Aufruf sprachen sich 1300 türkische ProfessorInnen für eine Aufhebung des Verbots auf. "Die Zeit ist gekommen, den Studentinnen ihre Freiheit zurückzugeben", schrieben sie. Viele Kollegen hingegen warnen vor "dem Siegeszug der Islamisten".

Vor allem an der Universität Istanbul ist die Aufregung groß. An der ältesten Hochschule des Landes, die 1933 von Präsident Kemal Atatürk reformiert wurde, fühlt man sich dem kemalistischen Erbe besonders verpflichtet. "Das Kopftuch ist ein Zeichen für den Dogmatismus der Religion", sagt Professor Celal Sengör. Verhüllte Studentinnen begingen Verrat an der Wissenschaft und hätten deshalb kein Recht auf den Zutritt zu Hochschulen. "Wenn es notwendig ist, dann schließen wir die Uni, bis die Regierung zur Vernunft kommt", sagt Sengör. Dutzende KollegInnen haben bereits angekündigt, Studentinnen mit Kopftuch nicht zu unterrichten.

Auch unter den StudentInnen sind die Gräben tiefer als je zuvor. "Wir Frauen wollen tragen, was uns gefällt", sagt Özlem, Literaturstudentin an der Bilgi University. Ihre Kommilitonin Ella pflichtet ihr bei: "Der Staat hat uns keine Kleidervorschriften zu machen." Weder Ella noch Özlem tragen Kopftuch. "Wir sind nicht religiös", beteuern sie. "Aber wir respektieren den Glauben anderer."

Kübra, die an der Universität Istanbul Medizin studiert, sagt, bisher hätten sich junge Musliminnen entscheiden müssen: entweder Schleier oder Studium, Kopftuch oder Karriere. "Gut, dass das bald vorbei ist." Das Ende des Kopftuchbanns sei der erste Schritt zu einer gerechteren Gesellschaft.

"Es ist der erste Schritt in Richtung Theokratie", fürchtet hingegen Ezgi, Jurastudentin aus Ankara. Und der Istanbuler Schauspieler Ozan Ayhan: "Eine Islamisierungswelle schwappt durch das Land. Frauen ohne Kopftuch werden es künftig sehr schwer haben."

Quellen:

<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,535011-2,00.html>

[1] Interview im Deutschlandradio www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/663452/

[2] Ates, Seyran: Der Multikulti-Irrtum. Wie wir in Deutschland besser zusammenleben können. 2007, S. 126

3. HOMO-, BI- UND TRANSSEXUALITÄT

3.1 FORTSCHRITTE BEIM ADOPTIONSRECHT FÜR HOMOSEXUELLE

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat den französischen Staat zu einer Schmerzensgeldzahlung in Höhe von 10.000 Euro verurteilt, weil die zuständigen Behörden den Adoptionsantrag einer lesbischen Lehrerin abgelehnt hatten. Als Begründung für ihre Ablehnung hatten die französischen Behörden angegeben, dem Kind würde eine „väterliche Bezugsperson“ fehlen. Die europäischen Richter in Straßburg verwiesen in ihrem Urteil auf das in Frankreich bestehende Recht für Ledige, ein Kind zu adoptieren. Es sei nicht überzeugend, einer Lesbe ihren Adoptionswunsch zu verweigern, weil sie dem Kind wichtige Orientierungspunkte nicht bieten könne. Der deutsche Lesben- und Schwulenverband erhofft sich durch die richterliche Entscheidung Rückenwind für seine Forderung nach einem gemeinschaftlichen Adoptionsrecht für Homosexuelle. Das Urteil mache deutlich, dass Lesben und Schwulen weder offen noch verdeckt der Zugang zur Adoption verwehrt werden dürfe, sagte der Sprecher vom Lesben- und Schwulenverband, Manfred Bruns. Bisher dürfen Lesben und Schwule in Deutschland nur als Einzelperson ein Kind adoptieren. So hat immer ein Partner oder eine Partnerin allein das Sorgerecht in einer Beziehung. Als Paar haben Homosexuelle nur das Recht zur so genannten Stiefkindadoption – der Adoption eines leiblichen Kindes aus einer früheren Hetero-Beziehung. Volker Beck, menschenrechtspolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, sieht mit dem Urteil die Auffassung seiner Partei bestätigt, das gleichgeschlechtliche Partnerschaften und Ehen bei der Adoption gleichzustellen sind: „Kindeswohl und Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen lassen sich nicht gegeneinander ausspielen.“

Quelle:

Zweiwochendienst Frauen. Gesellschaft und Politik, Ausgabe 251 (Januar 2008), Seite 5

Israel

Nicht nur in Europa, auch in Israel gibt es Verbesserungen: Zukünftig dürfen Homosexuelle Paare in Israel Kinder adoptieren. Laut der Entscheidung können Lesben und Schwule nun nicht mehr nur die biologischen Kinder des Partners/der Partnerin adoptieren, sondern auch andere Kinder. Im Einzelfall müsse darüber jedoch die für Adoptionen zuständige Behörde entscheiden.

Die Reaktionen auf die Entscheidung waren durchmischt. Die israelische Zeitung Haaretz sprach von einer „revolutionären Entscheidung“ und einem „Durchbruch auf dem Weg zu gleichen Rechten für Schwule und Lesben im Bereich der Familie“. Scharfe Kritik an der Entscheidung kam hingegen von Seiten der ultra-orthodoxen Juden.

Quelle:

<http://derstandard.at/?url=/?id=3220370>

3.2 EU RÜGT DEUTLAND FÜR UNZUREICHENDES ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ

Nach Fällen massiver Benachteiligung von Behinderten und gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften will die EU-Kommission ihre Anti-Diskriminierungs-Gesetze verschärfen. In Berichten aus mehreren europäischen Staaten ist zum Beispiel die Rede davon, dass Menschen mit Behinderungen bei Finanzdienstleistungen deutlich mehr zahlen müssen als Kunden ohne Beeinträchtigungen. Begründung: Die Versicherungen gehen von einer kürzeren Lebenserwartung aus. Nach Auffassung Brüssels stellt dies einen klaren Verstoß gegen die europäische und nationale Gesetzgebung dar. Schwere Vorwürfe erhob der Sozialkommissar Spidla gegen Deutschland. In einem Schreiben an das Bundessozialministerium rügt Spidla, eingetragene Lebensgemeinschaften von gleichgeschlechtlichen Partnern würden in "weiten Bereichen" nicht wie Ehepaare behandelt. Er kritisierte vor allem "Leistungseinschränkungen" bei Beamten und Soldaten, die trotz der Anti-Diskriminierungs-Gesetze vom August 2006 fortbeständen. So werde im öffentlichen Dienst bei Leistungen wie Beihilfe zur Krankenversicherung, Familienzuschlag sowie Witwen- und Witwergeld weiter zwischen Verheirateten und Partnern einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft unterschieden. "Europarechtswidrig" sei es darüber hinaus, wenn Arbeitgeber bei Verstößen gegen das Benachteiligungsverbot nur haften, wenn ihnen ein Verschulden nachgewiesen werden kann. "Nach Ansicht der Kommission handelt es sich nicht um unterschiedliche Familienstände", heißt es in dem Brief an Berlin. Wenn Menschen "wegen ihrer sexuellen Ausrichtung nicht in den Genuss jener Rechte kämen, die nicht verheirateten Partnern zustehen", müsse die Kommission einschreiten. Die Bundesregierung hat nun zwei Monate Zeit, um eine Stellungnahme abzugeben. Ansonsten droht ein Vertragsverletzungsverfahren, das in letzter Instanz auch vor dem Europäischen Gerichtshof landen kann. So weit will man es aber offenbar nicht kommen lassen. In Brüssel war gestern zu hören, die Große Koalition habe Bereitschaft zur Nachbesserung der deutschen Regelungen signalisiert. Das dürfte aber nicht einfach sein, denn vor allem in der Union hatte es schon bei der Abfassung der ersten vier Gesetze zur Umsetzung der EU-Gleichstellungs-Richtlinie massive Widerstände gegeben. Die Kommission will allerdings - unabhängig von der Sonderstellung der Ehe und Familie im deutschen Grundgesetz - darauf bestehen, dass wenigstens im Bereich der Sozialgesetzgebung alle Unterschiede zwischen der traditionellen Ehe und einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft beseitigt werden.

Quelle:

<http://www.morgenweb.de/service/archiv/artikel/642402915.html>

4. DIES UND DAS

4.1 VERANSTALTUNGEN

27.02.2008 (Alternativtermin gleichen Inhalts 04.03.08) Berlin Frauen in die erneuerbaren Energien!

14.00 bis 19.00 Uhr

Arbeitsplatz gesucht? Der Markt der erneuerbaren Energien wächst und wird als einer der Leitmärkte der Zukunft gehandelt. Frauen können von dieser aufstrebenden Branche profitieren. Das Projekt, Frauen in die erneuerbaren Energien! von Life e.V. macht Frauen mit Informationsveranstaltungen und individueller Beratung fit für den Arbeitsmarkt der erneuerbaren Energien.

Bei der Informationsveranstaltung erhalten die Teilnehmerinnen einen fundierten Einblick in diesen zukunftsweisenden Wirtschaftszweig. Life e.V. hat Unternehmen der Branche über ihre Qualifikationsanforderungen, die sie an zukünftige Beschäftigte stellen, befragt - die Ergebnisse der Erhebung werden in diese Maßnahme mit einfließen. Expertinnen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien geben praktische Einblicke in die Vielfalt der Arbeitsbereiche.

Falls sich Besucherinnen der Informationsveranstaltungen den Bereich der erneuerbaren Energien als zukünftigen Arbeitsmarkt vorstellen können, bieten Mitarbeiterinnen von Life e.V. weitergehende Beratungsmöglichkeiten an. Gemeinsam entwickeln sie mit den Frauen Qualifizierungspläne, die angepasst an den individuellen Voraussetzungen der interessierten Frauen Vermittlungen an Weiterbildungsmöglichkeiten und auch Praktika beinhalten können.

Das kostenfreie Angebot richtet sich an Frauen aus Berlin und Brandenburg, die eine Ausbildung oder ein Studium abgeschlossen haben und sich in der Berufsorientierung befinden.

Veranstaltungsort: Life e.V. – Ökotechnisches Bildungszentrum für Frauen, Dircksenstr. 47, 10178 Berlin

Anmeldung und Infos: Deborah Ruggieri, Tel. 030 308 798-40, ruggieri(at)life-online.de

28.02.2008 Berlin Gedenkstunde anlässlich des Frauenprotests in der Rosenstraße 1943

14.00 Uhr

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin, die Israelitische Synagogen-Gemeinde (Adass Jisroel) zu Berlin, der Jüdische Kulturverein Berlin e.V. und das Bezirksamt Berlin-Mitte laden zur Gedenkstunde mit anschließendem Gang zum Denkmal in der Rosenstraße ein. Die musikalische Umrahmung gestalten SchülerInnen der Jüdischen Oberschule. Die Veranstaltung dient zugleich als Protest gegen Rassismus und Rechtsextremismus, gegen historischen Revisionismus und gegen die Leugnung des Holocausts.

Veranstaltungsort: Gedenkstein in der Großen Hamburger Straße, Berlin-Mitte

29.02.2008 Zwickau Starke Frauen - starke Politik? Frauen in kommunalpolitischer Verantwortung
19.00 bis 21.00 Uhr

Innerhalb eines halben Jahrhunderts sind Frauen in der Politik wie in vielen anderen Spitzenfunktionen zur Selbstverständlichkeit geworden. Sie arbeiten als ehrenamtliche Gemeinde- und Stadträte, als engagierte (Ober)Bürgermeisterinnen, Landes- und Bundesministerinnen oder gar Bundeskanzlerin.

Haben Sie es schwerer auf Ihren Wegen dahin? Spielen alte Rollenvorstellungen oder Vorurteile noch eine Rolle? Unterscheidet sich Ihr Politikverständnis und Leitungsstil von dem der männlichen Kollegen? Gibt es vielleicht sogar ein weibliches Element in der Politik und worin bestünde dies? Oder geht es geschlechterübergreifend im Angesicht der täglichen Herausforderungen letztlich nur um erfolgreiche oder weniger erfolgreiche Politik?

Über diese und Ihre Fragen möchten wir an diesem Abend mit unseren Gästen ins Gespräch kommen, die in Ihren Städten allesamt an herausragender Stelle Verantwortung tragen.

Anmeldung erforderlich!

Friedrich-Ebert-Stiftung, Regionalbüro Leipzig
Kontakt: Matthias Eisel lpzmail@fes.de

07.03.08 Düsseldorf Macht.Fernsehen.Frauen - Einfluss von Fernsehen auf das Berufswahlverhalten von Mädchen und jungen Frauen
13.00 bis 16.15 Uhr

In Deutschland ist das Thema "Einfluss von Fernsehen auf das Berufswahlverhalten" noch relatives Neuland. Doch der Zusammenhang scheint deutlich: seit Kommissarinnen, Gerichtsmedizinerinnen und Anwältinnen immer häufiger über den Bildschirm flimmern, wachsen die Berufswünsche von Mädchen in diesen Feldern. Allerdings ist Berufswelt im Fernsehen oft rosarot verzerrt. Auch motivieren die medialen Frauenbilder Mädchen kaum, aus Rollenklischees auszubrechen und ein starkes Selbstbewusstsein als Frau zu entwickeln. Wir fragen danach, welche Rahmenbedingungen wie verändert werden müssen, um Mädchen und jungen Frauen über das Medium Fernsehen positive und realistische Impulse für ihre Lebensgestaltung und Berufsplanung zu vermitteln.

Veranstaltungsort: Landtag Düsseldorf, Plenarsaal

07. - 09.03.08 Kochel am See Frauen im Islam

Beim Thema „Frauen im Islam“ fällt bei uns meist das Stichwort „Kopftuchstreit“ ein. Das ist aber nur ein Aspekt aus einer ganzen Palette von Fragen: Wie leben moslemische Frauen in Deutschland, wie leben sie in islamischen Ländern und welche rechtliche Stellung haben sie dort? Welche Rolle spielt die Geistlichkeit? Gibt es auch Frauenbewegungen? Wie sehen Frauen ihre Stellung in der Gesellschaft? Politische

Modelle und die Lebenswirklichkeit von Frauen werden u. a. am Beispiel Afghanistans betrachtet und diskutiert.

Teilnahmebeitrag: 54

Veranstaltungsort: Vollmar Akademie, Kochel am See

Internet: www.vollmar-akademie.de/

07. - 09.03.08 Berlin „Hetzt du noch oder entspannst du schon?“ – Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Frauen wollen beides – Familie und Beruf. Aber noch ähnelt es einem Balanceakt auf dem Hochseildraht, wenn es darum geht, die beiden Interessensfelder miteinander ausgewogen und harmonisch zu verbinden.

In dem Seminar wollen wir die Ursachen und Gründe erkunden, die den Frauen diese harmonische Ausgewogenheit so schwer erreichbar werden lassen. Wir suchen dabei sowohl auf der persönlichen als auch der gesellschaftlichen Ebene.

Ziel ist dabei, individuelle und auch kollektive Lösungsformen zu finden und Vereinbarungen zur Umsetzung zu treffen.

Internet: frauen.verdi.de/seminare

8.3.2008 Würzburg "Frauenwahlrecht reicht uns nicht!"

18.00 bis 22.00 Uhr

Transparenz statt Lobbyismus. Reflexion und Diskussion zum internationalen Frauentag

Veranstaltungsort: Fechenbachhaus, Akademie Frankenwarte, Gesellschaft für Politische Bildung e.V., Leutfresserweg 81-83, 97082 Würzburg (Tel. 0931-80464-0, Email: info@frankenwarte.de)

Teilnahmegebühr: 15

13.03.2008 Berlin Flucht in den Untergrund - lesbische Jüdinnen in Nazi-, 19:00-21:00 Uhr

Veranstaltungsort: VHS Charlottenburg-Wilmersdorf, Raum 56, Trautenastr. 5, 10717 Berlin

Anmeldung unter: 030 - 9029 19400

15.03.2008 München „Von sammelnden Frauen und jagenden Männern ... Haben die Naturwissenschaften die Geschlechterfrage gelöst?

15.00 bis 19.30 Uhr

Bereits seit mehr als zweihundert Jahren befinden sich sowohl Medizin als auch Naturwissenschaften auf der Suche nach objektiven biologischen Unterschieden zwischen Männern und Frauen. Welcher Zweck wird damit verfolgt.

Infos: www.frauenakademie.de

17.03.2008 Berlin Frauenrelevante Gesetzgebung

18:30-21:00 Uhr

Vortrag mit Diskussion: Dagmar König

Veranstaltungsort: VHS Charlottenburg-Wilmersdorf, Raum 56, Trautenastr. 5, 10717 Berlin

Anmeldung unter: 030 - 9029 19400

04.-05.04.08 Zürich Gleichstellung in den Städten

Haben Sie gewusst,

- dass der Mayor in London einmal pro Jahr alle Londonerinnen zu einer Aussprache einlädt
- die Stadt Madrid eine Gleichstellungsabteilung mit 76 Angestellten hat
- Parkanlagen und Spielplätze in Wien nach Richtlinien für Alltags- und Frauengerechtes Planen gestaltet werden
- in Belgien jedes Jahr ein Equal Pay Day stattfindet, der sich gegen die Lohnunterschiede von Frauen und Männern richtet?

Diese und viele weitere Ideen, Aktivitäten, Projekte werden am Städtekongress in Plenumsveranstaltungen oder in verschiedenen, kleineren Foren vorgestellt und diskutiert. Der Kongress richtet sich an Personen aus dem In- und Ausland, die selber in der Gleichstellungsarbeit tätig sind oder sich für Gleichstellungsfragen und deren Umsetzung interessieren: staatliche Gleichstellungsbeauftragte oder solche aus privatwirtschaftlichen Unternehmen, VertreterInnen von NGOs oder Kommissionen, PolitikerInnen.

Ein zweitägiger Kongress in Zürich mit Projekten aus Basel, Berlin, Bern, Hamburg, London, Madrid, Minsk, München, Paris, Rotterdam, Siena, Stockholm, Wien, Zürich.

Veranstaltungsort: Volkshaus Zürich, Stauffacherstrasse 60, 8004 Zürich

Anmeldung und Infos: <http://www.stadt-zuerich.ch/internet/bfg/home/kongress.html>

09.04.08 Berlin (Re)Produktivität: Ökologie und Gender

19.00 Uhr

Verursachung, Betroffenheit, und Handlungsmöglichkeiten zu Umweltfragen sind nicht geschlechtsneutral. Doch die Debatte zu „Ökologie und Gender“ fristet weitgehend ein Nischendasein. Was bedeuten Geschlechterdifferenzen für die umweltpolitische Programmatik und ihre Strategien? Worin liegen die Berührungspunkte zwischen Ökologie und Gender?

Veranstaltungsort: Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Strasse 40/41, 10178 Berlin

Informationen: http://www.boell.de/veranstaltungen/oekologie-1084_34363832.html

25.04.2008 Hannover WoMenPower 2008: Potenziale nutzen - Vielfalt leben!

9:30 - 17:00 Uhr

Das Top-Forum befasst sich in 27 Workshops und Talkrunden mit der Balance von beruflichem Fortkommen und erfülltem Familienleben. Die Top-Themen reichen von Beratung und Information für Berufseinstieg, über Erfolgsstrategien für Karriere, Aufstieg und Wiedereinstieg, professionelles Netzwerken sowie Vereinbarkeit von Karriere und Familie auch aus Sicht der Väter und Führungskräfte. Mit Top-ReferentenInnen, darunter auch Bestseller-Autorinnen Sabine Asgodom und Marion Knaths.

Veranstaltungsort: Messegelände Hannover

Teilnahmegebühr: 54,75 / 27,40 (ermäßigt)

Anmeldung erforderlich: www.hannovermesse.de/womenpower